

VOLKSBLATT SPLITTER

Zu viel Salz verdoppelt das Krebsrisiko

LONDON - Sehr salzhaltige Ernährung kann das Magenkrebsrisiko verdoppeln. Davon hat das britische Zentrum für Krebsforschung mit Verweis auf eine japanische Studie gewarnt. Gefährdet sind demnach Menschen, die überdurchschnittlich viel Salz, 12 bis 15 Gramm am Tag, mit ihrer Nahrung aufnehmen. Seit längerem nahmen Krebsforscher an, dass zu salzhaltiges Essen und Magenkrebs in Zusammenhang stehen. Als weiteren Beleg dafür führen sie eine nun in der aktuellen Ausgabe des «British Journal of Cancer» veröffentlichte Studie des nationalen Krebsforschungsinstituts in Kashiwa bei Tokio an.

Posträuber Biggs im Spital

LONDON - Der englische Posträuber Ronnie Biggs, der in London eine Haftstrafe von 30 Jahren absitzt, liegt mit einer schweren Lungenentzündung im Spital. Nach Angaben von Ärzten gingen Herzrhythmusstörungen mit der Erkrankung einher. Erste Angaben, nach denen Biggs einen Herzinfarkt erlitt, bestätigten sich damit nicht. Der 74-jährige Biggs wurde vom Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in das Queen Elizabeth Hospital verlegt. In den vergangenen Jahren hatte er bereits mehrere Schlaganfälle verkräftet müssen.

Daniel Brühl wäre gerne mal ein Bösewicht

MÜNCHEN - Shooting-Star Daniel Brühl würde gerne einmal den Bösewicht in einem «James-Bond»-Film spielen. Für so eine Rolle würde er sich sogar entstellen lassen oder 50 Kilogramm zunehmen, sagte der 25-Jährige in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview der Zeitschrift «Playboy». Grundsätzlich sei es ihm aber recht, dass er aussehe wie ein «Frauerversteher»: «Ich bin halt kein Macho, der auf Partys auslippi, Gläser schmeisst und jemand auf die zwölf haut», wird er zitiert. Seine Eifersucht allerdings bringe ihn manchmal zum Ausrasten, erzählte Brühl, der mit Kollegin Jessica Schwarz liiert ist, den Angaben zufolge.

Klage gegen Raab zurückgezogen

DÜSSELDORF - Der Nachtszenen-Streit zwischen «TV-Total»-Moderator Stefan Raab und einer Frau aus Frankfurt ist beendet. Die 25-Jährige zog ihre im Oktober beim Düsseldorfer Landgericht eingereichte Schmerzensgeldklage auf mindestens 10 000 Euro ohne Angabe von Gründen zurück, wie Gerichtssprecher Ulrich Thole am Mittwoch mitteilte. Ursprünglich hatte das Landgericht am Mittwoch eine Entscheidung in dem Rechtsstreit fällen wollen.

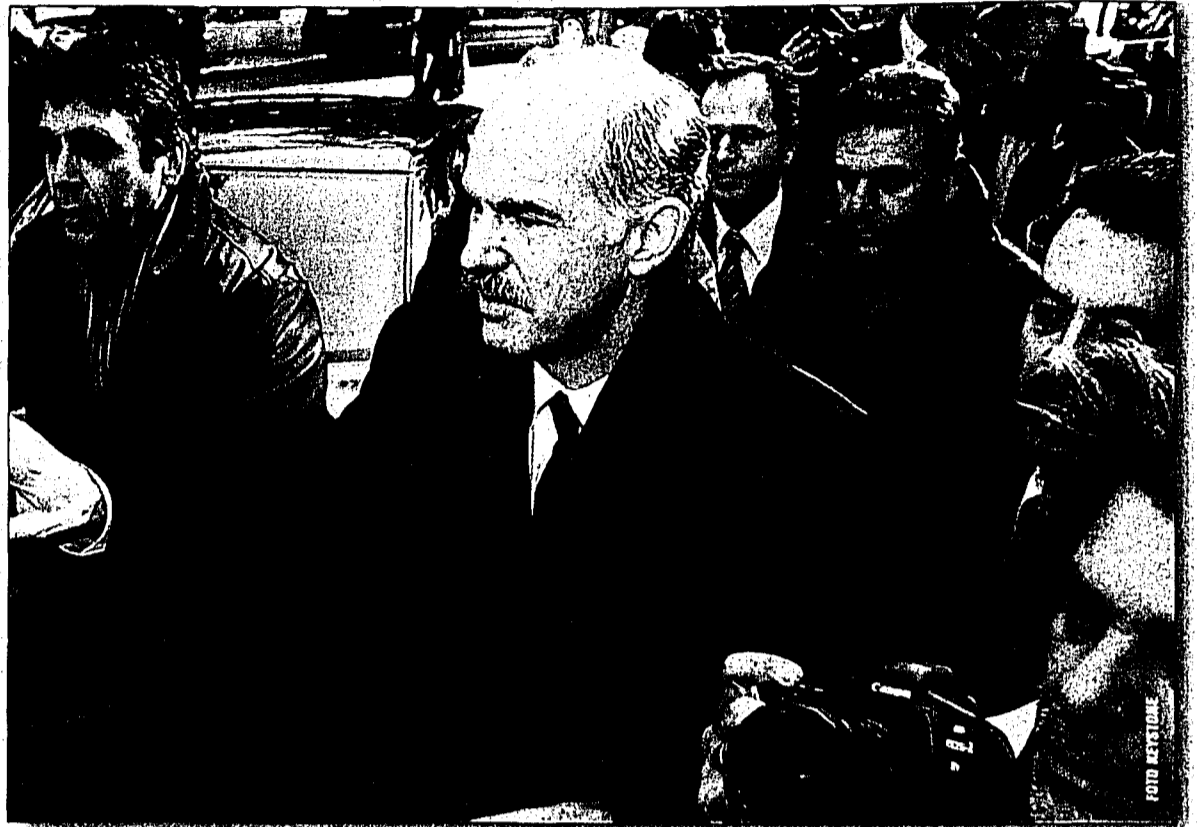
Simitis zurückgetreten

Sozialistische Bewegung ohne Führer

ATHEN - Der griechische Ministerpräsident Kostas Simitis ist am Mittwoch als Vorsitzender der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) zurückgetreten. Damit zog er die Konsequenzen aus schlechten Umfrageergebnissen.

Die Meinung der Öffentlichkeit sagt der Partei unter seiner Führung eine sichere Niederlage bei den ursprünglich für April vorgesehenen regulären Wahlen voraus. Simitis kündigte in einer Fernsehansprache zugleich vorgezogene Parlamentswahlen für den 7. März an. Als sein Nachfolger an der Parteispitze und Spitzenkandidat der Sozialisten gilt Aussenminister Giorgos Papandreou, wie das staatliche griechische Radio berichtete. Simitis sagte, er werde zunächst die Übergabe des Parteivorsitzes an Papandreou in die Wege leiten. Bis zur Wahl bleibe der 67-Jährige Regierungschef.

Als Grund für seinen Rücktritt als Parteichef gab Simitis die «Notwendigkeit der Erneuerung in der heutigen Gesellschaft und der Politik» an. Die Möglichkeit eines Wahlsieges der Konservativen in Griechenland bezeichnete er als eine «Gefahr», zu deren Abwendung er «verpflichtet» sei. Zur Begründung der vorgezogenen Wahlen sagte er, die wichtigen Entwicklungen in der Zypern-Frage machten



Nach Angaben griechischer Medien soll Giorgos Papandreou (Bildmitte) am 30. und 31. Januar auf einem ausserordentlichen Parteitag als Nachfolger von Simitis gewählt werden.

eine neue Entscheidung des Volkes erforderlich. Der griechische Teil Zyperns wird am 1. Mai der Europäischen Union beitreten. Offiziell wurde noch kein Spitzenkandidat für die Parlamentswahl benannt. Der 51-jährige Papandreou gilt aber als der einzige aussichtsreiche Kandidat. Das Zentralkomitee der

PASOK sollte am Donnerstag zusammenkommen, um die Wahl des Parteivorsitzenden einzuleiten. Nach Angaben griechischer Medien soll Papandreou am 30. und 31. Januar auf einem ausserordentlichen Parteitag gewählt werden. Papandreou würdigte die Entscheidung Simitis' als «verantwortlich

und selbstlos». «Wir werden uns der Herausforderung stellen», sagte er.

Dagegen sagte der Chef der bürgerlichen Oppositionspartei Nea Dimokratia (ND), Kostas Karamanlis, dass bei den Sozialisten mit dem Wechsel an der Spitze eine Ära in Griechenland zu Ende gehe.

Geständnis im Mordfall Lindh

Täter hatte keine politischen Motive

STOCKHOLM - Mijallo Mijailovic sei ein «Patriot», erzählte ein Freund des geständigen Täters im Fall Anna Lindh der schwedischen Zeitung «Aftonbladet».

Serbien stehe für Mijailovic über allem; schon als 15-Jähriger habe der Sohn serbischer Eltern in den Krieg ziehen wollen. Vor allem aber wird dem mutmasslichen Täter eine Persönlichkeitsstörung bescheinigt, zu der sich eine hohe Gewaltbereitschaft gesellt.

Der heute 25-Jährige, der nun überraschend gestanden hat, die schwedische Aussenministerin in Stockholm niedergestochen zu haben, hatte offenbar stets Schwierigkeiten mit seinem Leben zwischen



Nationalistische Gründe trieben den Lindh-Mörder zur Tat.

zwei Welten. In Schweden geboren, wurde Mijailovic als Sechsjähriger zu seinen Grosseltern nach Jugoslawien geschickt, kehrte aber sieben Jahre später wieder nach Schweden zurück.

Die schwedische Sprache hatte er da fast verlernt, und mit der Integration in die Gesellschaft tat er sich schwer.

Mit Gewalt machte er seinem Frust schon als Jugendlicher Luft. Ein schockierendes und einschneidendes Ereignis waren für Mijailovic die Bombenangriffe der NATO auf Serbien. Dass Lindh die Luftangriffe auf seine Heimat guthies, vergass er nie. Lindhs Stellungnahme zu den Angriffen habe Mijailovic geprägt, berichtete sein Freund.

Schlüsselabkommen

Faires Abkommen in Sudan

NAIVASHA - Im Bürgerkriegsland Sudan haben die Zentralregierung und die wichtigste Rebellenarmee am Mittwoch ein Abkommen unterzeichnet. Die Vereinbarung soll die Aufteilung der Staatseinnahmen regeln und den Weg zum Frieden bereiten.

An der Zeremonie im kenianischen Naivasha nahmen Vizepräsident Ali Osman Taha und der Chef der südsudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA), John Garang, teil. Laut Abkommen sollen die Staatseinnahmen des ölfreien Landes künftig «50 zu 50» aufgeteilt werden. Auch andere Staatseinkünfte wie Steuern sollen jeweils zur Hälfte aufgeteilt werden.

Bislang profitierte von den Ölvorkommen im Süden vor allem die Regierung im Norden.

Die Aufteilung der Einnahmen galt deshalb als grösstes Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden. Seit 20 Jahren kämpfen Rebellen des Südens, der vorwiegend von Christen und Anhängern von Naturreligionen bewohnt wird, gegen die Zentralregierung im islamischen Norden. Sobald ein umfassendes Friedensabkommen den Bürgerkrieg beendet, soll das Abkommen in Kraft treten. Garang sagte, die Vereinbarung bringe die Konfliktparteien einer «fairen und ausgeglichenen Einigung» nahe. «Der Friedensprozess ist unumkehrbar.»

Diana nicht schwanger

Britische Ermittlungen im Gange

LONDON - Prinzessin Diana war nach Angaben britischer Ermittler zum Zeitpunkt ihres tödlichen Unfalls nicht schwanger. Der damalige Ermittlungsrichter John Burton sagte der Zeitung «Times», er habe nach der Überführung von Dianas Leiche 1997 ihren Leichnam untersucht.

«Ich habe ihre Gebärmutter gesehen. Sie war nicht schwanger», sagte er in der Mittwochs Ausgabe der Zeitung. Angesichts des Gebärmutterzustands seien für diese Erkenntnis keine weiteren Bluttests nötig gewesen. In den vergangenen Jahren hatte es immer wieder Spekulationen gegeben, dass Diana von dem Milliardärssohn Dodi

Fayed schwanger gewesen sei, als sie gemeinsam mit ihm in einem Pariser Tunnel tödlich verunglückte.



Diana war zum Zeitpunkt ihres Todes nicht schwanger.

ANZEIGE

VOLKSCARD
SUNSTIGER GEHT'S NICHT

Politik - Wirtschaft - Sport - Kultur
bei uns ist alles im Preis inbegriffen!

Jetzt das
VOLKSBLATT
abonnieren!
13 Monate für
CHF 209.- inkl.
VOLKSCARD

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
VOLKSBLATT-Abonnent
von Vorzugspreisen